

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der 03. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Dienstag, 21. Juli 2015

10.04 Uhr - 14.59 Uhr

Tagesordnung

- 1.
2. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt wird;
- 3.
- 4.
- 5.

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 2), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt wird (Zahl 21 - 2) (Beilage 11);

Berichterstatterin: Edith Sack (S. 118)

Redner: Manfred Köllly (S. 119), Mag.^a Regina Petrik (S. 124), Géza Molnár (S. 126), Mag.^a Michaela Resetar (S. 127), Edith Sack (S. 130), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 133), Landesrätin Verena Dunst (S. 134) und Gerhard Steier (S. 136)

Annahme des Beschlussantrages (S. 137)

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 2), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt wird (Zahl 21 - 2) (Beilage 11)

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 2), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt wird, Zahl 21 - 2, Beilage 11.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Edith Sack: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt wird, in ihrer ersten gemeinsamen Sitzung am Freitag, dem 17. Juli 2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verlängerte Fragestunde, interessante Themen, interessanter Gesprächsstoff, dass man vielleicht doch einmal übertragen sollte, wie man gewisse Punkte eigentlich diskutiert, wie man gewisse Punkte kommuniziert.

Ich bin schon ein bisschen erschrocken, wenn ich mir eigentlich das anhöre, ein paar Monate vorbei, die alte Legislaturperiode, und jetzt auf einmal schaut die Welt ein bisschen anders aus, heißt es immer.

Ein bisschen enttäuscht muss ich sagen, weil wenn ich mir die erste Frage an den Herrn Landesrat Bieler angehört habe, mit diesem Giftmittelspritzen. Da sagt er gleichzeitig, ja, in der Landwirtschaft wird aber das Dreifache gespritzt, bei der Straßenverwaltung machen wir es eh nicht.

Haben wir jetzt ein gemeinsames Grundwasser oder haben wir kein gemeinsames Grundwasser, meine sehr geehrten Damen und Herren? Nachdenken und hinterfragen! Diese Antwort ist für mich eine Katastrophe.

Das Nächste ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, alle, die schon in der vorherigen Periode hier gesessen sind, vielleicht doch mit Handzeichen oder Aufstehen oder nicht da sind, völlig egal, wie auch immer, zu gewissen Dingen Ja gesagt haben, und jetzt aufstehen und sagen, ist ein Witz.

Wir haben ein Gesetz beschlossen, da mäht niemand, die Straßenverwaltung oder die ASFiNAG oder egal wie man jetzt die Straße nennt. Natürlich bleibt immer die Gemeinde auf der Strecke. Und hier sitzen genug Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Ich habe mich gewundert, als ich damals aufgezeigt habe und wenn Ihr Euch erinnern könnt, wie ich gesagt habe, wie kommt eine Gemeinde dazu, die sowieso ständig ausgesaugt wird, ständig ausgesaugt wird - (*Zwiegespräche in den Reihen der FPÖ*)

Herr Kollege Kovasits, horchen Sie zu - (*Abg. Gerhard Kovasits: Gerne!*) vom Bund, eigentlich vom Land ständig ausgesaugt wird, wo wir immer mehr Geld nicht bekommen, weil es einbehalten wird, sei es im Sozialbereich oder in anderen Dingen. Zu dem komme ich heute noch.

Und siehe da, damals haben Sie brav die Hand gehoben, das Gesetz beschlossen und da sagt der Herr Landesrat Bieler, das ist im Gesetz so beschlossen, wir werden nichts ändern.

Wir, seitens der Liste Burgenland, werden einen Antrag einbringen, das zu ändern. Ich wünsche mir, dass auch hier nicht nur die Opposition, sondern auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die ständig damit konfrontiert sind, mit finanziellen Mittel, aber auch einen jeden Cent umdrehen müssen, um nicht nur zu verwalten, sondern auch um gestalten zu können.

Solche Aussagen in der Fragestunde irritieren mich schon. Das tut mir ganz einfach weh. Wir müssen ein bisschen nachdenken und vielleicht das eine oder andere richtigstellen. Ich weiß schon, es liegt immer an den finanziellen Mitteln. Immer! Gar keine Diskussion! Aber wie verwende ich sie? Wie gehe ich damit um? Das ist nichts anderes wie in einer Gemeinde. Das ist nichts anderes wie in der Privatwirtschaft. Man sollte sich Gedanken machen und nicht parteipolitisch denken.

Das Nächste ist, Herr Landesrat Darabos, eine schwere Aufgabe, gar keine Diskussion. Ich muss ehrlich sagen, einer der schwierigsten Aufgaben in diesem Land, das zu meistern. Ich wundere mich, dass es da immer wieder Diskussionen gibt, Asyl, Bleiberecht und dergleichen mehr.

Sie haben erwähnt, Unterfrauenhaid und Horitschon. In Deutschkreutz haben wir 28 Asylanten gut eingebunden. Ich habe einen Vorschlag gemacht, die Gemeinde Deutschkreutz hat den Grenzübergang gekauft. Ich habe bis dato nicht einmal eine Silbe davon erfahren, ob man vielleicht dort als Bürgermeister etwas machen könnte.

Herr Landesrat Darabos! Asylgipfel hat es gegeben. Sie sagen, es waren alle eingeladen. Ich habe keine Einladung bekommen. Ich habe noch einmal gesucht. Ich habe noch einmal meine Sekretärin gefragt. Ich habe noch einmal gesagt, darf ich als Bürgermeister - na gut, ich gehöre weder der SPÖ noch der ÖVP noch wen anders an, schon klar. Aber ich hätte auch das Recht, weil ich der Meinung bin, dass ich Menschen in diesem Land vertreten muss. Aber auch Menschen, die Asyl suchen, vertreten kann und mich vielleicht doch mit guten Vorschlägen einbringen kann.

Ich denke, es wäre für die Zukunft notwendig, Herr Landesrat, uns kurzzuschließen und ich sage immer, zusammensetzen. Das Wort kommt jetzt eh schon immer öfters, dass wir uns zusammensetzen, sehr wohl diskutieren können.

Und das kommt auch von der Frau Landesrätin Dunst und das ist ein ganz besonderer Fall. Wenn ich heute höre, der Herr Franz Hautzinger hat gesagt, er will mit ihr nicht zusammenarbeiten, da muss ich sagen, vielleicht sollte sie sich ein hübsches Dirndl kaufen, vielleicht kann man dann besser zusammenarbeiten.

Ich glaube, man muss zusammenarbeiten. Wir sind nicht eine Insel der Seligen, dass man nicht dort oder da zusammenarbeiten muss. *(Landesrätin Mag.a Michaela Resetar: Das hat er nicht gesagt.)* Ich sage nur für die Frau Landesrätin, auch nicht einfach die ganze Geschichte und eine Uhudler-Diskussion heute loszutreten, Gott sei Dank ist jetzt eine Ruhe, weil der Wahlkampf vorbei. *(Abg. Edith Sack: Könnten Sie nicht zur Tagesordnung kommen.)*

Das kann es ja auch nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich finde das nicht für in Ordnung, sondern ich will eines klarstellen, ich kann nicht sagen, die Landwirtschaftskammer muss aufpassen, weil sonst bekommen sie keine 2,3 Millionen Euro mehr. Das ist Demokratieverständnis Null für mich. Das verstehe ich nicht ganz.

Das heißt, ich muss immer Buckel machen, damit ich zu meinem Geld komme, wenn ich etwas leisten und umsetzen will? Und so geht es wahrscheinlich vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in der neuen Periode. Sie werden sagen, auweh, jetzt muss ich dort und da ein Knickserl machen, weil sonst bekommst du kein Geld und keine Zuwendungen und, und, und.

Das brauchen wir nicht, sondern der, der in diesem Land etwas leistet, soll auch unterstützt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, und dazu stehe ich. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Thema Kindergarten wäre nicht schlecht.)*

Ich komme zum Kindergarten. Auch das hängt damit zusammen. Herr Kollege Spitzmüller, mich als Bürgermeister interessiert mehr als Sie als reine Opposition, die Ihr keinen Bürgermeister und keinen Vizebürgermeister habt und nur immer von Asyl und anderen Dingen redet. Ihr müsst dorthin gehen und macht Eure eigenen Türen auf, dann werden wir einmal schauen, was eigentlich in diesem Land los ist. Nicht immer nur davon reden, sondern auch eine Vorreiterrolle spielen.

Wir machen das in Deutschkreutz. Wir machen das. Und wenn der Herr Landesrat Darabos von Horitschon und Unterfrauenhaid redet, das ist in Ordnung, da habe ich kein Problem, wenn sie damit auskommen. Aber man muss miteinander sprechen.

Wenn ich heute zu der 15a-Vereinbarung komme, Herr Kollege Spitzmüller, Sie führen keinen Kindergarten. Sie wissen nicht, was sich im Kindergarten abspielt. Sie bezahlen keinen Cent dazu. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ich sitze im Gemeinderat.)* Ich bin froh, dass heute die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über diese frühe sprachliche Förderung eigentlich endlich einmal am Tisch ist.

Was wäre gewesen, wenn wir unsere Angelobung oder die konstituierende Sitzung noch ein bisschen hinausgezogen hätten? Hätten wir vielleicht zwei, drei Millionen Euro verloren? Hätten wir nicht? Das hört man halt in den Medien. Das und das könnte passieren.

Aber für die Bündnis Liste Burgenland ist klar und deutlich zu sagen: Das ist ein ganz ein wichtiges Thema - Kindergarten. Ganz ein wichtiges Thema, Kinderkrippe, Kindergarten. Das habe ich auch bei jeder meiner Reden in dieser Richtung auch gesagt. Ich stehe dazu, aber es gibt keinen Gratiskindergarten. Ich sage das hunderttausendmal schon und ich habe Recht. Es gibt keinen Gratiskindergarten, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sagen wir, es gibt einen Zuschuss zum Kindergarten, dann ist das für mich logisch.

Aber nicht immer herstellen und erzählen, die Leute draußen vor Ort sagen dann, wir haben eh einen Gratiskindergarten und ihr Bürgermeister redet immer, ihr müsst so viel zuschießen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Fast an die 300.000 Euro kostet in Deutschkreutz der Kindergarten zusätzlich. *(Abg. Edith Sack: Das soll eine Unterstützung für die Eltern sein.)* Zusätzlich, Frau Kollegin Sack, zusätzlich. Ich weiß nicht, ob Du Bürgermeisterin bist und dort Einsicht hast, was sich dort abspielt. Fast 300.000 Euro zusätzlich, und das ist schon richtig, zu den Förderungen, die das Land gibt.

Denn 60 Millionen Euro gibt der Bund her, 30 Millionen zirka - 28 bis 30 Millionen Euro - das Land. Hättest Du dem Landeshauptmann zugehört, der hat das eh gesagt. Es gibt eine zwei Drittel, ein Drittel-Geschichte in dieser Situation und ich glaube, das sollte man wissen. Schreiben Sie sich das auf und schauen Sie nach!

Genau das sind die Dinge, die mir oft - meiner Meinung nach - nicht mehr logisch erscheinen, dass ich das nicht weiß. Wenn man einen Kindergarten, im Speziellen, der nicht einmal ein Gemeindekindergarten ist, ein Pfarrkindergarten übernimmt und das ist das Wichtigste. Die wichtigsten Schritte sind die ersten Schritte in den Kindergarten oder Kinderkrippe, um einen Grundstein zu haben. Und das steht auch da drinnen. Das ist ja kein Problem.

Aber nicht zu sagen, das ist ein Gratiskindergarten. Ihr verunsichert nur die Leute draußen. Die Eltern, die immer sagen, das verstehen wir nicht. Du erzählst immer, die Gemeinde muss noch einen Haufen dazuzahlen. Na das stimmt so. Aber das macht ja nichts. *(Abg. Doris Prohaska: Für die Eltern.)*

Wir stehen dazu. Liebe Frau Sack, der Gemeinde kostet der Kindergarten etwas. *(Abg. Edith Sack: Natürlich!)* Fragt einmal die Bürgermeister und dergleichen mehr! *(Abg. Edith Sack: Für die Eltern soll es eine finanzielle Unterstützung sein.)*

Und jetzt sage ich Euch etwas, liebe Frau Sack. *(Abg. Edith Sack: Mir brauchst Du nichts sagen. Ich kenne mich eh aus.)* Und genau das ist der Punkt. Genau das ist der Punkt. Die Gemeinden betreuen den Kindergarten, verwalten den Kindergarten, finanzieren den Kindergarten. Dann will ich das ganze Geld haben und wir machen das und die Landesregierung soll die Kontrollfunktion ausüben, ob das auch funktioniert. Das soll so sein. Nicht vom Land alles hinaufgedrückt bekommen, du hast umzusetzen das,

das, das, das und betreffend Kinderkrippe steht im Gesetz nicht einmal drinnen, wann ich das Kind in die Kinderkrippe geben kann - gleich nach der Geburt oder nach einem Jahr oder nach zwei Jahren?

Auch das gehört einmal geändert. Schauen wir uns das noch einmal an! Das steht nirgends drinnen. Wenn Ihr es Euch angeschaut habt, aber wahrscheinlich interessiert Euch das eventuell weniger. (*Abg. Edith Sack: Sehr interessiert uns das.*) Ich glaube das auch und da habe ich einen Antrag eingebracht, Frau Kollegin Sack, für die Ausstattung für die Kindergärten, dass auch die Gemeinden dementsprechend eine Unterstützung bekommen sollen.

Das wurde abgelehnt. Das wurde abgelehnt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es wundert mich, warum sich nicht die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf die Füße stellen und sagen, warum, ich muss ja einen Gruppenraum fast jede vier, fünf Jahre austauschen. Das kostet mich mehr, als wenn ich einen erbaue, hinstelle. Da ist schon in Ordnung, und dann vielleicht noch gemeindeübergreifend. Dann bekomme ich halt statt 25, 30 Prozent. Ist in Ordnung.

Aber für das Austauschen von Gruppenräumen, die ich ständig brauche, Spielzeug, das ich ständig brauche, gibt es keinen Cent. Wir müssen schauen, dass wir das umsetzen können. Jetzt bin ich wieder beim Geld. Selbstverständlich kostet das alles Geld.

Ich denke immer, wenn man jetzt in der neuen Regierung sagt, wir werden ein Nulldefizit haben, wir werden das und jenes haben. Der Einzige, Schützenhofer in der Steiermark hat gesagt, er weiß nicht, ob sich das ausgeht, weil er hat Investitionen zu tätigen. Er hat etwas zu machen.

Ich würde mir das auch wünschen, dass ich sage, gehen wir einmal das Budget miteinander durch und nicht, ich bin mir sicher, weil ich die Mehrheit habe und das Budget ist sowieso durch und nachher heißt es, du hast ja nicht mitgestimmt, was redest du überhaupt. Ja, weil mir viele Punkte da drinnen fehlen.

Auch hat der Herr Schützenhöfer die Spitalssache herangezogen, Herr Landesrat Darabos. Er sagt, in Hartberg haben wir ein tolles Spital. Setzen wir uns zusammen! Tun wir miteinander! Investierst du, investiere ich oder können wir gemeinsam etwas machen? Und das sind wie viele Kilometer? Genau das ist das, was mich so wundert.

Daher noch einmal. Den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, das Ganze nicht nur zu gestalten und zu verwalten und auch zu finanzieren, sondern auch vom Land als Kontrolle – damit habe ich überhaupt kein Problem - das zu übernehmen. Dann wird das einen Sinn machen. Denn es gibt hervorragend geführte Gemeinden im Burgenland.

Viele SPÖ, ÖVP, aber auch Namenslisten, die sich wirklich hier Gedanken machen und nicht nur Abgeordnete, die hier herinnen sitzen und in der Partei die Hände heben, weil ich ein Roter bin oder ein Schwarzer, Grüner, Blauer, egal. Gedanken machen, wie kann man das ändern!

Hinaus in die Kindergärten! Schauen wir uns das an! Reden wir mit den Pädagoginnen und Pädagogen! (*Abg. Edith Sack: Was glauben Sie, was wir tun?*)

Und jetzt sage ich Euch etwas. Warum kostet in Deutschkreutz der Kindergarten so viel, werden Sie sich auch fragen. Weil wir gutes, weil wir immer reden von der Qualität, hervorragend gutes, langgedientes Personal haben. Das kostet natürlich Geld. (*Abg. Edith Sack: Unseres auch!*) Das kostet. Oder soll ich etwas anderes machen, Frau Kollegin Sack, und sagen, wiederschauen, abgebaut und wir nehmen uns ein junges Personal?

Das wäre Ihnen wahrscheinlich Recht. *(Abg. Edith Sack: Nein, bestimmt nicht!)* Und dann, so ist es nicht und dann sind wir beim AMS. Jetzt komme ich wieder zum AMS, *(Abg. Edith Sack: Deutschkreutz, wir werden uns das einmal genau anschauen.)* weil heute über die Wirtschaft geredet worden ist.

Weil heute über die Wirtschaft gesprochen worden ist. Diesbezüglich bin ich beim Herrn Kollegen Steindl. Er hat es mit „plus 50“ versucht, aber auch mit der Wirtschaft. Es wird abgelehnt. Ich will das noch einmal klar und deutlich richtigstellen, dass es so war und so ist und jetzt komme ich noch einmal auf einen Punkt, bei dem ich mich frage, was ist neu in der Regierung? Das ist schon in Ordnung.

Ich wünsche mir, dass diese vielen Ansätze, die hier neu aufgeworfen wurden und neu diskutiert werden, auch von der Frau Landesrätin Dunst, was sie jetzt machen will. Was will sie denn machen? Sie kann mit uns gemeinsam einen Weg gehen. Mit allen! Das ist das Vernünftigste und sie hat das angedeutet. Aber sie wird es von heute auf morgen nicht schaffen, das Ganze zu drehen.

Sei es beim Milchpreis, sei es beim Weinpreis, sei es wo anders. Weil die Vorgänger haben auch alle nicht geschlafen. Sie haben sich auch bemüht, das muss man auch dazu sagen.

Und wenn ich heutzutage im Weinbau schaue, was hat man denn für Arbeitskräfte? Wir haben ungarische Arbeitskräfte. Weil bei uns die Mindestsicherung 800 Euro ist, da wird keiner in den Weingarten gehen. Auch dort müssen wir den Hebel ansetzen, um im Bund vielleicht einiges zu bewegen.

Wir haben auch jetzt die Möglichkeit, etwas zu tun. Dann bringen wir österreichische „Arbeitslose“ auch in Arbeit. Das muss der Weg sein. Herr Landesrat Darabos, in diesem Bereich werden wir uns zusammensetzen und diskutieren müssen.

Wenn Sie sagen, in Lutzmannsburg - *(Abg. Walter Temmel: Burgenländer!)* na selbstverständlich, er ist ja auch Burgenländer - ist es jetzt so. Warum hat man denn 20 oder 15 Jahre in Lutzmannsburg zugeschaut, während wir immer gesagt haben, hoppla, da passt irgendetwas nicht. Man muss etwas ändern.

Geh, lasst den Kölly reden. Erster Konkursfall, zweiter Konkursfall. Wir haben schon drei Konkursfälle dort und der nächste wird kommen. Man kauft ein abgewracktes Hotel, gibt dem viel Geld. Der baut auf der anderen Seite wieder ein Hotel, war vorher im Konkurs, und jetzt wissen wir nicht, was wir damit machen sollen.

Auch dort gehört einmal die Opposition gehört, weil so deppert sind die auch nicht. Entschuldigung, wenn ich das Wort jetzt so nehme. Und so, dass die nicht wirtschaften und mitdenken können.

Wir wollen mitdenken, wir wollen mitarbeiten. Wir wollen für dieses Land einiges weiterbewegen!

Wenn ich noch einmal auf diese Vereinbarung zurückkomme. Die Liste Burgenland steht zu dieser Sache. Weil es wichtig ist, dass wir von Jugend an - Kinderkrippe, Kindergarten - dementsprechend unterstützen und fördern. Das sind die ersten Schritte.

Und dann der Übergang in die Schulen. Wenn ich heute von Schulen spreche, gibt es ein Riesenthema noch zu diskutieren, aber das will ich jetzt beim ersten Punkt nicht, sondern ein anderes Mal ansprechen und auch Anträge einbringen.

Denn ich bin überzeugt davon, Herr Spitzmüller, BIO ist wichtig. Aber wer zahlt denn die ganze Umstellung? Das sollten wir einmal fragen. Die würden alle gerne BIO

essen und trinken. Nur die Umstellung auf das Ganze kostet ein bisschen ein Geld. Darüber sollte man sich unterhalten, wie kann man das eigentlich alles finanzieren. Das ist der Schlüssel zu der ganzen Situation.

Daher bedanke ich mich und wir werden natürlich diesem Tagesordnungspunkt zustimmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.^a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Ich erlaube mir, zum angegebenen Tagesordnungspunkt zu sprechen, nämlich zur 15a-Vereinbarung über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen.

Ich tue das auch vor einem gewissen Hintergrund der praktischen Erfahrung. Ich war ja mehrere Jahre - wie Sie vielleicht wissen - als Beraterin in den Kindergärten im Burgenland unterwegs und kenne viele verschiedene. Zuletzt habe ich einen ganzen Monat bei Ihrem Kollegen Hutter im Kindergarten arbeiten dürfen und habe das auch sehr konkret im Alltag miterlebt (*Zwischenruf des Abg. Manfred Kölly – Zwiegespräche in den Reihen – Abg. Manfred Kölly: Super Erfahrung!*) - Tag für Tag -, was das hier bedeutet.

Die Vereinbarung, die hier vorliegt, geht einen wichtigen Schritt. (*Abg. Manfred Kölly: Nie mehr wieder.*)

Lieber Herr Kollege Kölly, können wir uns jetzt dem Tagesordnungspunkt widmen?

Die Vereinbarung folgt einer richtigen Richtung und geht einen wichtigen Schritt. Bildung und Integration sind maßgeblich mit Spracherwerb verbunden. Es ist auch gut, dass der Text, der hier vorliegt, beinhaltet, dass dies nicht nur Kinder nichtdeutscher Muttersprache betrifft, sondern auch viele Kinder, die hier geboren sind und burgenländische Eltern haben, die halt aus ihrem familiären Umfeld in ihrer sprachlichen Entwicklung nicht ausreichend unterstützt werden.

Das, was in dieser 15a-Vereinbarung formuliert ist, ist gut fundiert und ist geeignet, Kindern in unseren burgenländischen Kinderbetreuungseinrichtungen einen guten Weg zur sprachlichen Integration zu ebnen. Doch es wird daran liegen, was das Land Burgenland aus den Vorgaben macht. Man kann nämlich im Kern gute Grundlagen und Anliegen durch mangelhafte Ausführung ad absurdum führen und leider liegt hier doch die Gefahr.

Schauen wir uns die Sprachstandfeststellungen einmal genauer an. Ich weiß nicht, wer von Ihnen sich das genauer angeschaut hat? Dazu gibt es auch eigene Internetseiten. Das sind ausführlichste Feststellungsvorgänge. Das sind Befragungsbögen, da geht es um Beobachtung. Dafür gibt es eigene Ausbildungen. Dazu verpflichtet sich auch das Land in Zusammenarbeit mit dem Bund in dieser Vereinbarung.

Das ist gut und das ist richtig. Aber es kostet Zeit. Und das, was jetzt gerade in den Kindergärten abläuft, ist, dass Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen und Kindergartenleiterinnen und -leiter, die diese Zusatzausbildungen auch Gott sei Dank gemacht haben - viele Bürgermeister verlangen das auch schon, das finde ich auch gut -, zusätzlich zu ihrer Alltagsarbeit auch noch diese Sprachstandfeststellungen machen.

Das mindestens einmal im Jahr und natürlich sollte öfter noch überprüft werden. Das machen die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen gut, aber sie haben nicht die ausreichende Zeit dafür zur Verfügung. Die Anforderungen an die Pädagoginnen und an

die Helferinnen und an die wenigen Pädagogen und Helfer in unserem Land sind in den letzten Jahren sowieso schon gestiegen. Aber das Personal reicht dafür nicht aus. Und nun sollen sie das auch noch zusätzlich machen. Das ist eine arbeits- und zeitintensive Tätigkeit, wenn man sie gut machen will, und das kann sich nicht ausgehen.

Wir brauchen also in unseren Kindergärten dringend mehr Personal. Es muss ab dem elften Kind in jeder Gruppe eine zweite Pädagogin oder ein Pädagoge sein, eine Helferin oder Helfer zur Verfügung stehen.

Nun kommt durch diese 15a-Vereinbarung eine weitere - und ich betone nochmals -, eine sehr sinnvolle Aufgabe dazu. Aber dazu braucht es mehr Ressourcen. Das gilt auch für das Personal in der Landesregierung. Für den gesamten Kindergartenbereich gibt es eine einzige Vollzeitkraft hier, die Kindergarteninspektorin, die für alles zuständig ist.

Nun ist in den letzten Jahren bereits die zweite Inspektorin abgebaut worden. Alles konzentriert sich auf eine Person, die jetzt auch - und auch das sagen wir zu, wenn wir das hier beschließen - in der Konzeption weiterer Programme mitwirken soll. Ich halte es für ein bildungspolitisches Armutszeugnis, wenn hier auf Landesebene so wenig Personal zur Verfügung gestellt wird. Hier braucht es zumindest einen weiteren fachlichen Dienstposten, sonst bleibt das alles, was wir heute beschließen, graue Theorie. Die Praxis muss möglich gemacht werden.

Daher appelliere ich an den leider hier nicht zuhörenden Landeshauptmann, der ja für den gesamten Bildungsbereich zuständig ist (*Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Der hört im Büro mit.*) - das ist schön, schöne Grüße von mir-, schnellstmöglich eine ausreichende Personalaufstockung möglich zu machen und die Rahmenbedingungen für das Personal in den Kindergärten und Kinderkrippen soweit zu verbessern, dass wir nicht mehr bangen müssen, unsere guten Fachkräfte an andere Bundesländer zu verlieren, weil das passiert zurzeit.

Niederösterreich, in Wien sind die Arbeitsbedingungen besser, ist auch die Bezahlung besser. Und gutes Personal - auch direkt nach der Schule - wandert ab. (*Abg. Manfred Köllly: Kennt sich wieder nicht aus.*)

Die besten Konzepte helfen nichts, wenn es kein Personal dafür gibt. Das beste Personal hilft auch nichts, wenn es sich krank rackert, weil zu viele Aufgaben auf den Schultern der einzelnen Pädagogin oder Pädagogen und der einzelnen Leiterin oder Leiter lasten.

Ich bin immer wieder verwundert, mit welcher Selbstverständlichkeit Unmengen von Dienstposten in anderen Bereichen - zum Beispiel im Sicherheitsbereich - gefordert werden, ohne dass jemand sagen würde, wir haben das Geld nicht dafür.

Im Sinne der Zukunft unserer Kinder und unseres Landes fordere ich dringend dieselbe Selbstverständlichkeit, wenn es um die Investition in Bildung geht und die Schaffung von Dienstposten im Bildungsbereich, hier jetzt im Speziellen im Kindergarten- und Kinderkrippenbereich.

Wenn jetzt wieder ein Aufschrei kommt, dass damit die Gemeinden überfordert wären, dann sollten wir vielleicht endlich darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoller wäre, Schritt für Schritt die Kindergartenkompetenzen in Landeskompetenz überzuführen und hier jene Ebene, die Vorgaben macht und die überprüft, auch dafür verantwortlich zu machen, dass das alles in der Praxis gut umgesetzt werden kann.

Aber dazu ist wahrscheinlich noch ein weiter Weg. *(Beifall bei den Grünen – Abg. Manfred Kölly: Aber das ist jetzt wirklich. Die hat wirklich keine Ahnung. Bist du deppert.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu den Ausführungen vom Kollegen Kölly kann ich nicht viel sagen, weil er sich an sich nicht mit dem Thema befasst hat. Da war alles Mögliche dabei.

Auf das, was die Kollegin Petrik gesagt hat, kann ich sehr wohl eingehen. Nichtsdestotrotz, Herr Kollege, alles Gute zum heutigen Geburtstag.

Die Zielsetzung dieser 15a-Vereinbarung ist selbstverständlich zu begrüßen. Ebenso die Bereitstellung der notwendigen Steuermittel. Der Integrationsminister hat Recht, wenn er dazu sagt, es gehe darum, früher zu investieren, statt später zu reparieren.

Begrüßenswert ist auch der neuerlich ehrliche Zugang in dieser 15a-Vereinbarung, der dadurch zum Ausdruck kommt, dass die Zielgruppe dieser Vereinbarung, insbesondere jene Kinder sind, die nicht Deutsch als Muttersprache haben.

Es ist schon richtig, Frau Kollegin Petrik, dass es natürlich auch Kinder mit deutscher Muttersprache betrifft, aber wenn sie sich die Zahlen in den Erläuterungen ansehen, dann sehen Sie auch, dass die Probleme mit dem zunehmenden Migrantenanteil auch größer werden. Das mag anderswo in einem viel intensiveren Ausmaß der Fall sein, als im Burgenland, aber es ist zweifelsohne so.

In Wien beispielsweise haben bereits 60 Prozent aller Kinder im Vorschulalter Migrationshintergrund. Auch die Sprachstandfeststellungen zeugen vom wachsenden Problem. Es waren 2012 25 Prozent aller getesteten Kinder, die Sprachförderbedarf aufwiesen, 2013 waren es bereits knapp 40 Prozent.

Es ist daher in allen Belangen folgerichtig, Maßnahmen zu ergreifen, die tauglich sind, Kinder in ihren sprachlichen Fähigkeiten auf ein Niveau zu bringen, das es ihnen ermöglicht, einen möglichst problemlosen Einstieg in die Schule zu schaffen. Das ist fraglos das Um und Auf, und die Politik reagiert ja auch darauf.

Denn wenn Sie sich ansehen, wie sich alleine der Zweckzuschuss des Bundes jetzt entwickelt, angefangen haben wir vor einigen Jahren mit 500.000, jetzt waren es dann fünf Millionen und jetzt werden es dann 60 Millionen in drei Jahren sein. Dann sieht man, dass da reagiert wird und dass man auf das Problem auch eingeht.

Andererseits und auch das muss man in aller Klarheit festhalten, wird diese 15a-Vereinbarung ganz bestimmt nicht die Lösung aller Probleme in diesem Bereich sein. Es wurde jetzt schon angesprochen, wesentlich werden vor allem die bundes- und landesgesetzlichen Maßnahmen zur Umsetzung sein.

Der Herr Landeshauptmann hat heute schon gesagt, dass man da auf Effizienz setzt und Vorschläge dazu sind sicherlich willkommen. Wir werden im kleinstrukturierten Burgenland mit einem vergleichsweise niedrigem Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund sicherlich nicht diese Schwierigkeiten in der Umsetzung haben, wie das beispielsweise in Wien der Fall sein wird.

Aber es wird wohl so sein - da bin ich schon bei Ihnen -, dass es sicherlich eine Herausforderung sein wird, die individualisierte Förderung von Kindern durch qualifiziertes

Personal sicherzustellen, ohne dass die Betreuung der Gruppe darunter leidet und ohne dass der bürokratische Aufwand in den Kindergärten zu groß wird.

Abschließend, meine Damen und Herren, noch zwei Überlegungen in Richtung bundespolitischer Ebene. Nicht zuletzt im Zuge der Entstehung dieser 15a-Vereinbarung wurde wieder einmal die Ausweitung der Kindergartenpflicht auf zwei Jahre diskutiert. Jetzt abgesehen davon, dass das eine praktisch wenig relevante Diskussion ist, weil die Betreuungsquote bei den Vierjährigen eh nahezu bei 100 Prozent liegt, lehnen wir Freiheitliche diese Kindergartenpflicht als schwerwiegenden Eingriff in die Privat- und Familienautonomie ab. *(Beifall bei der FPÖ)*

Was das Problem der Integration angeht, stelle ich auch infrage, ob die Kindergartenpflicht hier ein wirklich sinnvoller Beitrag wäre, diesem Problem zu begegnen, denn - trifft jetzt auch auf das Burgenland nicht so zu, aber generell gesagt und speziell auf Wien bezogen - in Kindergärten und in Gruppen, wo der Anteil schon sehr, sehr hoch ist, ist die Frage, ob es überhaupt noch Sinn macht, die Kindergartenpflicht dann einzuführen, wenn das Kindergärten sind, wo ohnehin kaum mehr Deutsch gesprochen wird.

Zweitens, die sprachliche und kulturelle Integration in den Kindergärten ist wohl nur eine von zumindest zwei notwendigen Strategien. Ein Gutteil ihrer Lebenszeit, die ersten Lebensjahre verbringen Kinder - Gott sei Dank sage ich hier - nicht in staatlicher Betreuung, sondern vor allem zuhause bei ihren Eltern. Und Eltern von Migrantenkindern - wir hatten diese Diskussion im Vorwahlkampf - werden in Österreich viel zu wenig dazu angehalten, sich um die gesellschaftliche Integration zu bemühen, insbesondere die deutsche Sprache zu erlernen.

Hier braucht es Programme, hier braucht es Strategien und hier braucht es vor allem auch Konsequenzen und Sanktionen für Eltern, die sich verweigern und die Bemühungen, ihre Kinder sprachlich zu fördern und zu integrieren, sogar torpedieren.

Wir als Gesetzgeber und die Politik und die Pädagogen vor Ort können sich noch so anstrengen, wenn es um die Kinder geht und um die Integration der Kinder, wenn die Eltern nicht mitspielen, werden diese Bemühungen nicht von Erfolg gekrönt sein.

Die vorliegende 15a-Vereinbarung kann zur Lösung der bestehenden Probleme ganz bestimmt einen Beitrag leisten und findet daher unsere Zustimmung, wie wir auch schon der Vorgängervereinbarung im Jahr 2012 zugestimmt haben. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Resetar.

Abgeordnete Mag.^a Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es zeigt von großer Wertschätzung des Landeshauptmannes und es zuständigen Referenten, wenn er jetzt bei der Debatte der 15a-Vereinbarung nicht dabei ist.

Herr Präsident, Sie haben in Ihrer Eingangsrede erwähnt, dass es einen neuen Stil in der Landtagsarbeit geben soll. Vielleicht können Sie das in einem Vier-Augen-Gespräch dem Herrn Landeshauptmann erklären, dass man sehr wohl bei einer 15a-Vereinbarung, die sehr wichtig für das Land ist, wenn es um sprachliche Frühförderung geht, auch dabei ist.

Das Burgenland muss sich im Österreichvergleich nicht scheuen, wenn es um die Qualität der heimischen Kinderbetreuung geht. Ich möchte allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern danke sagen. Es sind 171 Gemeinden, die gemeinsam mit dem

zuständigen Landeshauptmann, aber auch mit mir ein Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz umgesetzt haben, wo wir im Ländervergleich, im Bundesländervergleich, mit Sicherheit an erster Stelle in vielen Bereichen sind.

Es gibt 67 Kinderkrippen, 138 Kindergärten, 55 alterserweiterte Kindergärten und 26 Horte. Exakt sind 10.525 Kinder in Betreuung. Und ich habe es oft gesagt, Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sondern sie sind auch unsere Gegenwart und wir müssen für jene Kinder, die heute in Kinderbetreuung sind, die besten Voraussetzungen schaffen. Das haben unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch gemacht. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bravo!)*

Mit einer Betreuungsquote von 30,1 Prozent bei den unter Dreijährigen nehmen wir Platz 1 ein, mit der Betreuungsquote der Drei- bis Fünfjährigen nehmen wir 100 Prozent ein und sind damit Platz 1 im Bundesländervergleich.

Und alleine bei der schulischen Tagesbetreuung sind immerhin 5.000 Kinder in Betreuung, auch da nehmen wir den Platz 2 ein. Darüber hinaus liegt die Gruppengröße in Krippen bei 13,4 Kindern und in Kindergärten bei 25.

Ich darf an dieser Stelle auch kurz auf die schulische Tagesbetreuung eingehen. Wir haben 92 Standorte mit ganztägigen Schulformen und zwar so individuell gestaltet, wie es die einzelne Gemeinde braucht. Und das hat sich auch bestens bewährt. Immerhin sind 5.300 Schülerinnen und Schüler am Nachmittag in Betreuung, das ist eine Verdoppelung seit 2005. Dafür möchte ich ganz herzlich Danke sagen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Unsere vorbildlichen Gruppengrößen erlauben eine Arbeit auf höchstem Niveau, dennoch gibt es naturgemäß Kinder mit sprachlichen Defiziten. 22.800 Kinder haben in Österreich Sprachförderbedarf und genau hier soll diese sprachliche Frühförderung auch ansetzen. Von den frühen sprachlichen Frühförderungen profitieren Drei- bis Sechsjährige dann in weiterer Folge auch in der Schule.

Insbesondere soll die Förderung an jene Kinder gerichtet sein, die nicht Deutsch als Erstsprache haben, aber selbstverständlich werden auch unsere Kinder betreut, die sprachliche Defizite haben. Die Förderung soll einen leichteren Einstieg in den Regelschulbetrieb mit sich bringen, die zukünftige Bildungschance der Kinder optimieren und in weiterer Folge einen besseren Start in das Berufsleben ermöglichen.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei Sebastian Kurz, unserem Integrationsminister bedanken, aber auch bei Sophie Karmasin, wo wir eigentlich in den letzten Jahren sehr viele 15a Vereinbarungen gemeinsam geschaffen haben und wo vom Bund sehr viel Geld in das Land geflossen ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und ich darf Sebastian Kurz zitieren, der gemeint hat: Es gibt darum, früher zu investieren, statt später zu reparieren. Wir geben viel aus für die Arbeitslosenverwaltung und Coachings, aber wir geben viel zu wenig aus für die Frühförderung. Jeder Euro, den wir in die frühe Förderung investieren, rechnet sich später vielfach.

Das Vorhaben, nämlich in Summe - bisher wurden 30 Millionen Euro investiert in die sprachliche Frühförderung - das finde ich richtig und notwendig und ich bin auch sehr froh darüber, dass von diesem großen Kuchen prozentuell für das Burgenland nach Einwohnerzahl - 3,386 - insgesamt 677.200 Euro pro Jahr zur Verfügung stehen.

Ziel Nummer zwei - zur Vereinbarung sollen im Kindergarten künftig zwei Sprachstandserhebungen pro Jahr gemacht werden und in den ersten Testungen wird der Sprachstand zu Beginn des Kindergartenjahres erhoben. Die zweite Testung misst den

Lernfortschritt am Ende des Jahres. So bin ich überzeugt, dass jeder Euro, der für diese Förderung investiert wird, auch richtig eingesetzt ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Gestatten Sie am Ende meiner Ausführung zur 15a Vereinbarung ganz kurz die letzten Wochen Revue passieren zu lassen: Leider Gottes ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter zur Zeit nicht anwesend, aber ich gehe davon aus, dass er es natürlich mitverfolgt in seinem Büro, er war nämlich am 10. Juli in einer unüberlegten Nacht- und Nebelaktion an der Grenze in Schachendorf. *(Abg. Doris Prohaska: Da ist kein Nacht und Nebel, am 10. Juli.)*

Mein Ortsvorsteher und mein Bürgermeister haben mich gefragt, was wohl der Tschürtz in Schachendorf macht? *(Abg. Walter Temmel: Das ist interessant. - Abg. Ilse Benkö: Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!)* Zuerst dachte ich mir, Touristen begrüßen, das würde den neuen Landesrat für Tourismus freuen. *(Zwischenruf der Abg. Ilse Benkö.)*

Vielleicht auch Gäste aus Ungarn, die in Oberwart, liebe Frau Kollegin Benkö, viel Geld ausgeben, begrüßen. *(Abg. Ilse Benkö: Benkö! Berta, Emil, Nordpol, Konrad, Österreich.)* Vielleicht auch ausländische Arbeiter wieder nach Ungarn zurückschicken. Ja, wir konnten das Rätsel nicht wirklich lösen.

Ich sage Ihnen, ich werde es Ihnen dann nachher auch sagen, nur Verkehrskontrollen kann der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz vornehmen und keine Grenzkontrollen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber Sie können ja den Innenministerposten anstreben, der Herr „Bollwerk-Landesrat“ Mag. Darabos ist leider auch nicht anwesend, aber er wird auch mithören - ja, dann ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter auch für die Grenzkontrollen zuständig. *(Abg. Ilse Benkö: Sie waren auch nicht immer auf der Regierungsbank - Abg. Doris Prohaska: So beleidigt. So gekränkt.)*

Zum Herrn Mag. Darabos *(Abg. Ingrid Salamon: Das nützt aber nichts.)* hätte ich auch noch eine Anmerkung - ja, sind wir froh, dass viele unsere Betriebe auch im Ausland viele Aufträge haben. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bravo!)*

Wissen Sie, dass MARETO eine 95prozentige Exportquote hat! *(Abg. Ilse Benkö: Ist das die 15a Vereinbarung?)*

Wissen Sie, dass *(Abg. Ilse Benkö: Das ist die 15a Vereinbarung?)* Stahlbau Unger sehr gut im Geschäft ist, am russischen und arabischen Markt und damit viele Arbeitsplätze im Südburgenland, speziell in Oberwart abgesichert sind? *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber wissen Sie, dass unser Polizeiposten Schachendorf ausgehungert wird, Personell? *(Unruhe bei der SPÖ)* Dass es Überlegungen gab, unseren Polizeiposten zuzusperren?

Ich habe die Sache selbst in die Hand genommen, liebe Frau Kollegin Benkö, liebe Frau Präsidentin. Ich habe die Sache selbst in die Hand genommen und der Grenzposten wird nicht zugesperrt. *(Heiterkeit bei der SPÖ)* Aber ich hoffe, wir bekommen noch zusätzliches Personal, *(Abg. Ilse Benkö: Das hoffe ich auch.)* was vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz immer gefordert wird.

Und deshalb habe ich auch das Verkehrssicherheitsprogramm mitgenommen. Ich hoffe, dass er den erfolgreichen Weg, den ich jetzt 10 Jahre begleitet habe, auch fortsetzen wird. *(Abg. Ewald Schneckner: Ihr seid so gut. – Abg. Doris Prohaska: Ihr seid so*

verdient, dass Ihr Euch jetzt ausrasten dürft.) Die Eisenstädter Glocke ruft Rot-Blau ans Werk!

Die Frau Herr von der Sozialistischen Jugend meint in einem Interview: Nein, ich bin nicht der Meinung, dass jede Landespartei machen kann, was sie will. (*Abg. Ilse Benkö: Das haben wir uns auch gedacht, da hat sie recht.*) Man hätte sagen müssen, die SPÖ nimmt sich und ihre Beschlüsse ernst und hält sich daran. Man darf Strache auf Bundesebene keinen Millimeter die Tür öffnen.

Dieser Tabubruch, der im Burgenland mit Rot-Blau passiert, wird (*Abg. Ilse Benkö: Das wird Euch der Wähler schon sagen.*) weit über die Grenzen des Bundeslandes hinauswirken. Der SJ-Vorsitzende Brandstätter, er wird sich dann sicher zu Wort melden, steht zu Rot-Blau, lesen wir in der „Krone“ am 7. Juni. Die neue SJ-Vorsitzende meint, sie ist gegen Rot-Blau. (*Abg. Ilse Benkö: Das ist auch zur 15a Vereinbarung, oder?*) Ich kenne mich ehrlich gesagt, nicht wirklich aus - ein Zick-Zack-Kurs!

Aber sei es drum, es wird irgendwie weitergehen, denn ich habe mir ja sagen lassen, es wird schon der Klub für Anstand, Moral und Sitte gebildet.

So darf ich den „Standard“ vom 16. Juli zitieren: Schiller hat Niessl im Zusammenhang mit dem Glockengießen so vorweggenommen: So lasst uns jetzt mit Fleiß betrachten, was durch die schwache Kraft entspringt, den schlechten Mann muss man verachten, der nie bedacht was er vollbringt.

Ich sage Danke für die Aufmerksamkeit, der 15a Vereinbarung wird natürlich meine Fraktion, die ÖVP, zustimmen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer (*der den Vorsitz übernommen hat*): Danke Frau Abgeordnete. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Edith Sack.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Frau Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Zunächst darf ich dem Kollegen Kölly zum Geburtstag recht herzlich gratulieren und darf aber gleichzeitig ein wenig Aufklärungsarbeit wieder machen. (*Abg. Manfred Kölly: Na genau! – Heiterkeit bei der SPÖ*)

Wir sprechen ja schon sehr oft darüber, Herr Kollege - der Gratiskindergarten im Burgenland, was heißt das? (*Abg. Manfred Kölly: Na genau! Wir haben keinen Gratiskindergarten.*) Das heißt, das ist eine finanzielle Unterstützung für die Familien! Sie verwechseln das ja schon seit vielen Jahren und, Herr Kollege, noch eines zur Aufklärung: die Frau Landesrätin Verena Dunst zahlt aus ihrem Familienförderungsbudget (*Abg. Manfred Kölly: Wir zahlen, wir, nicht sie!*) - aber es kommt aus dem Familienförderungsbudget - 4,3 Millionen Euro (*Abg. Manfred Kölly: Wir zahlen, nicht sie! Aufpassen. – Unruhe bei der SPÖ*) an die burgenländischen Familien.

Das ist für uns eine finanzielle Unterstützung für die Familien (*Abg. Manfred Kölly: Aber es fehlt ja noch ein Großteil.*) und daher auch Gratiskindergarten! (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Aber vielleicht können wir aufstocken, damit es ein Gratiskindergarten wird, das wäre schön.*)

Zur Frau Abgeordnetenkollegin Resetar: ich kann mich noch sehr gut erinnern, daher auch dieser Versprecher, als Sie hier in der Regierungsbank gesessen sind und auch nicht immer anwesend waren, (*Abg. Ilse Benkö: Genau!*) daher werfen Sie, wenn Sie selbst im Glashaus sitzen, nicht auf andere mit Steinen! (*Allgemeine Unruhe – Beifall*)

bei der SPÖ und FPÖ) Die Geschichte, die Sie hier erklären und erzählen wollten, zu der werde ich nicht eingehen und auch nichts sagen.

Ich werde nur eines sagen; dass ich mir im Wahlkampf sehr gut gemerkt habe, als Sie die burgenländischen Spitäler schließen wollten. (*Abg. Ilse Benkö: Bravo! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Maga. Michaela Resetar: Stimmt nicht! – Abg. Mag. Franz Steindl: Das stimmt nicht!*) Zwei Spitäler wollten Sie behalten, das ist mir im Gedächtnis geblieben zum Beispiel, und nicht diese polemische Art, denn das betrifft unsere Burgenländerinnen und Burgenländer, liebe Frau Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren, nun zur 15a Vereinbarung, die uns heute vorliegt. Das ist eine sehr wichtige Maßnahme für die Integration unsere Kinder und für die sprachliche Frühförderung unserer Kinder. Es wurde bereits 2012 eine Vereinbarung zwischen Bund und Land gesetzt über die sprachliche Frühförderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen und mit diesem heutigen Beschluss soll sie verlängert werden bis 2017/2018 und die Zweckzuschüsse des Bundes werden auf 20 Millionen Euro pro Kindergartenjahr angehoben und somit budgetär verdreifacht.

Bisher wurden 30 Millionen Euro für Sprachfrühförderungen vom Bund ausgeschüttet, die alte Vereinbarung läuft mit Jahresende aus und die nun vereinbarten 90 Millionen Euro vom Bund setzen sich aus 60 Millionen Euro Bund - statt bisher 15 Millionen und 30 - statt bisher 15 Millionen Euro, die die Länder gemeinsam beisteuern, zusammen.

Was heißt das für unser Burgenland? Für das Burgenland heißt das, 677.000 Euro pro Kindergartenjahr können vom Bund abgeholt werden und die Kofinanzierung des Landes beträgt nun 50 Prozent, vorher 100 Prozent, das heißt, 340.000 Euro schießt das Land dazu.

Das sind insgesamt drei Millionen Euro zusätzlich für die Kinderbetreuung in den nächsten drei Jahren, die von Bund und Land zur Verfügung gestellt werden.

Das Burgenland mit unserer Frau Landesrätin Verena Dunst hat sich bei den Verhandlungen intensiv eingebracht, damit dieses Programm möglichst bedarfsgerecht aufgesetzt wird. Wir haben damit ein weiteres, ein wichtiges Instrument in der Hand, um die Kinderbetreuung im Burgenland zu perfektionieren.

Im Oktober des vorigen Jahres, das möchte ich auch nochmals in Erinnerung rufen, haben wir auch eine 15a Vereinbarung hier im Landtag beschlossen für den Ausbau der Kinderbetreuung, vor allem für den Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen Kinder.

Insgesamt kriegt das Burgenland zusätzlich bis 2017 knapp neun Millionen Euro vom Bund und das Land kofinanziert mit rund vier Millionen Euro durch diese 15a Vereinbarung.

Noch einmal zum Herrn Kölly, weil Sie Geburtstag haben kommen Sie ein zweites Mal dran. (*Allgemeine Heiterkeit*) Für 2015 stellt das Land Burgenland für die Kinderbetreuung, Herr Kölly, mehr als 24 Millionen Euro zur Verfügung. Und von diesen 24 Millionen Euro plus die 4,3 Millionen Euro für die Familienförderung profitieren; die Kinder, die Eltern und die Gemeinden - das möchte ich noch klar stellen. (*Abg. Manfred Kölly: Da liegt Ihr wieder einmal falsch. Die Eltern müssen es ja trotzdem bezahlen.*)

Ich bin auch der Meinung, dass das sehr wichtige und richtige Investitionen sind, denn (*Abg. Manfred Kölly: Die Gemeinden müssen trotzdem brennen.*) diese Investitionen

gehen in die Gegenwart, aber auch in die Zukunft unserer Kinder. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine Damen und Herren, die jetzige 15a Vereinbarung ist aber nicht nur eine Maßnahme zur Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer, denn es sollen von diesen Maßnahmen alle Kinder profitieren, die Probleme mit der deutschen Sprache haben, denn 25 Prozent der Förderung können für die gesamtheitliche Förderung des Entwicklungsstandes von Kindern mit Sprachförderbedarf verwendet werden.

Kinderbetreuung war und ist immer das Kernthema von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und daher haben wir auch im Jahr 2009 mit dem neuen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, mit der Einführung des Gratiskindergartens bereits darauf reagiert, dass eine sehr hohe Dynamik bei der Kinderbildung und -betreuung stattfinden kann.

Vor allem aber möchte ich auch sagen, und unsere Gemeinden loben. Denn unsere Gemeinden haben bewiesen, unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, dass sie in der Lage sind auf diese dynamische Entwicklung treffsicher zu reagieren. Die Gemeinden haben sich sehr bemüht, gemeinsam mit uns diese Vorgaben umzusetzen und Vorort bedarfsgerechte und wirklich qualitätsvolle Bildungseinrichtungen zu schaffen.

Ein ganz großes Dankeschön an unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, an die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, weil alle zum Wohl unserer Kinder mit uns an einem Strang ziehen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir haben uns gemeinsam im Bundesländervergleich eine Spitzenposition erarbeitet. Erster Platz bei den Drei- bis Sechsjährigen, 99,9 Prozent unserer Kinder besuchen die Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen im Burgenland. Zweiter Platz bei den unter Dreijährigen, mit 31,3 Prozent liegen wir gleich nach Wien.

Wir von der Sozialdemokratie sind wirklich davon überzeugt, gute, ausreichende Kinderbetreuung ist die Basis dafür, dass alle Kinder von Beginn an die gleichen Bildungschancen haben, dass die Beschäftigung von Frauen gefördert wird, und die Familien bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aufgrund der hohen Betreuungsquote der Drei- bis Sechsjährigen bin ich auch sehr zuversichtlich, dass im Burgenland alle Kinder, die sprachliche Defizite haben, erfasst werden, und durch diese Förderung auch profitieren. Die Feststellung des Förderbedarfs soll über regelmäßige Sprachstandfeststellungen zu Beginn eines Kindergartenjahres erfolgen, und zwar anhand von standardisierter Beobachtungsbögen.

Wir werden mit dieser Vereinbarung, vor allem in Ballungszentren erreichen, dass die Kinder die besten Voraussetzungen haben, die deutsche Sprache frühestmöglich zu erlernen. Es werden auch Projekte gefördert, wo die Eltern mit eingebunden sind, um die deutsche Sprache gemeinsam mit ihren Kindern zu erlernen. Weiters sollen auch Personalkosten gefördert werden, genauso wie Sachkosten, Fort- und Weiterbildungskosten.

Im Burgenland erfolgt die sprachliche Frühförderung bisher über externes Personal, welches den Gemeinden über die Pädagogische Hochschule zur Verfügung gestellt wird oder wurde. Mit der neuen Förderrichtlinie wird ermöglicht, dass in Hotspot-Gemeinden, in Bezirksvororten und großen Zuzugsgemeinden wie zum Beispiel Kittsee, Mattersburg, Parndorf, fix eingesetzte Pädagoginnen und Pädagogen zur sprachlichen Frühförderung eingesetzt werden können und nicht wie bisher mobile Kräfte, die von Kindergarten zu Kindergarten und von Ortschaft zu Ortschaft gefahren sind.

Diese Pädagoginnen und Pädagogen sollen den größeren Bedarf in diesen Gemeinden abdecken und können befristet für die Laufzeit der 15a Vereinbarung von den Gemeinden angestellt werden.

Die Finanzierung soll folgendermaßen ausschauen, zwei Drittel davon zahlt der Bund, ein Sechstel das Land und ein Sechstel die Gemeinden. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ziel dieser 15a Vereinbarung ist, dass drei bis sechsjährige Kinder, insbesondere jene mit „Nichtdeutscher-Muttersprache“ so gefördert werden sollen, dass sie mit Volksschuleintritt die Unterrichtssprache Deutsch möglichst gut beherrschen. Dass die zukünftigen Bildungschancen der Kinder optimiert werden und in weiterer Folge ein besserer Start in das Berufsleben ermöglicht wird.

Wir sind hier auf einem guten Weg und wir werden daher der 15a Vereinbarung selbstverständlich unsere Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Nun, zu der Stellungnahme von der Frau Abgeordneten Resetar: Zum einen, ich war gar nicht in Schachendorf. Ich war wirklich nicht in Schachendorf, ich war nicht dort. *(Unruhe bei der ÖVP)* Ich war woanders, zuhause, auf jeden Fall nicht in Schachendorf. Zum zweiten, Danke, *(Abg. Maga. Michaela Resetar: Ich habe gesagt geplante, geplante. – Abg. Doris Prohaska: Na Moment, na das gibt es ja nicht. Das haben wir aber nicht gehört. – Unruhe bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Ilse Benkö: Na geh bitte. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Auf jeden Fall, ich war definitiv nicht in Schachendorf. Was ich dort machen wollte, und Sie haben ja vollkommen Recht, Verkehrssicherheitskontrollen an der Grenze. Nur gibt es halt manchmal Auffassungsunterschiede beim Wort Grenze. Man darf nicht sagen Grenzkontrolle, sondern man muss sagen Kontrolle an der Grenze.

Ob ich jetzt die Verkehrssicherheitskontrolle mache an der Grenze oder Grenzkontrollen im Zuge der Verkehrssicherheit an der Grenze, das *(Abg. Mag.^a Michaela Resetar: Das ist ein Unterschied.)* kann man jetzt drehen wie man es will. Ist in Ordnung. *(Abg. Maga. Michaela Resetar: Nein, das ist ein Unterschied.)* Ja, das ist genau diese Auffassung, die Sie und das Innenministerium haben. In Ordnung, soll in Ordnung sein.

Ich glaube auch, dass Sie gute Arbeit geleistet haben, das habe ich auch jetzt gesehen, da bin ich überzeugt davon, das Projekt „Fair & Sicher“ und viele andere Projekte. Also ich bin wirklich überzeugt davon, dass Sie sehr gute Arbeit geleistet haben, aber wie gesagt, ich war nicht in Schachendorf.

Zweitens einmal, die ganze Geschichte mit dem Bundesparteiobmann Heinz Christian Strache zu verknüpfen, finde ich auch nicht in Ordnung. Aber, das obliegt Ihnen, wie Sie das auslegen.

Aber das letzte Kompliment, für das möchte ich mich bedanken, als Sie gesagt haben, wenn er einmal Innenminister wird. Na ja, vielleicht ist es einmal so weit. *(Heiterkeit bei der FPÖ)* Auf jeden Fall Dankeschön, Frau Abgeordnete. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Zunächst einmal, es ist für mich eigentlich ein Kompliment, wenn der Herr Landeshauptmann zu mir heute sagt, Du hast die Verhandlungen geführt, Du sprichst im Landtag, Du bist dabei.

Damit, hoffentlich haben Sie auch das in Ihrer Partei? Diese Solidarität und dass man auch Frauen was zutraut und ihm dann vorzuwerfen, er würde sich heute nicht melden, ist eigentlich schief gegangen und daneben. (*Abg. Maga. Michaela Resetar: Haben wir auch nicht gesagt. – Abg. Mag. Franz Steindl: Haben wir nicht gesagt. – Beifall bei der SPÖ*) Aber das wollte ich nur klarstellen. (*Abg. Maga. Michaela Resetar: Er war nicht anwesend.*)

Nun zur 15a Vereinbarung: Ja, ich habe das mit dem Minister Kurz verhandelt. Es war uns sehr wichtig, den Ländervertretern über alle Parteigrenzen hinweg den ursprünglich vorgeschlagenen finanziellen Aufteilungsschlüssel, nämlich Eins zu Eins, dass wir genau so viel, wie der Bund bezahlt hätten, haben wir wegdiskutieren und somit wegbringen können.

Das ist wichtig, das heißt, es wird in Zukunft so sein, dass Zwei zu Eins, nämlich zweimal Mittel vom Bund und einmal wir das kofinanzieren müssen, damit ist sichergestellt, was alle Vorredner, ich bedanke mich bei ihnen, nämlich für die Wertschätzung der Bildung, und dass Bildung ganz, ganz wichtig ist für das ganze Leben, für einen Beruf und so weiter, glaube ich, steht auch hier zu keiner Diskussion.

Zweitens, es ist auch ganz klar gesagt worden, wir haben verhandelt auf Bundesebene, dass es diesmal mehr möglich sein muss, nämlich dann, wie man diese finanziellen Mittel verbringen kann, wie man sie verteilen kann.

Wichtig ist, und da hat die Frau Abgeordnete Petrik vorher schon gesagt, dass hier die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen entlastet werden. Die Frau Abgeordnete Sack hat dann ganz klar gesagt, dass man jetzt besonders auf die Bezirksvororte oder Hotspots-Gemeinden achten muss. Dort wo man auch viel Zuzug hat, ob das jetzt Migration- oder Nicht-Migrationshintergründe sind, aber dass man dort wirklich darauf achten kann, die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen zu entlasten und für die Bildung der Menschen, der jungen Menschen, etwas zu tun.

Das Dritte, was uns auch wichtig war bei dieser Bundesverhandlungsrunde ist ganz klar, nämlich die Optimierung der Bildungschancen, damit sie auch wirklich vom Kindergarten überleitend in die Schule, in die erste Volksschule, gut starten können.

Dazu gibt es jetzt eigene Schwerpunkte. Und ich bin sehr froh, dass wir in unserer Landesrichtlinie jetzt noch darauf geschaut haben, nämlich genau das Geld für Personal abzuholen. Zum Vierten, herzlichen Dank an die Pädagogische Hochschule, die sich in den letzten Jahren nicht nur in unserem, jetzt besprochenen, Bereich ausgezeichnet hat, sondern für die Innovation und die kreative Herangehensweise. Im sprachlichen Frühförderbereich hat die Pädagogische Hochschule sehr viele gut organisierte Möglichkeiten angeboten.

Mit diesen fix eingesetzten Pädagoginnen und Pädagogen zur sprachlichen Frühförderung, wo keine mobilen Kräfte in bestimmten Bereichen mehr notwendig sind, liegen wir sicher, sind wir sicher am richtigen Weg.

Um Ihnen nur einige wenige Dinge aufzuzählen, wo die Pädagogische Hochschule, der wir diese Mitteln zur sprachlichen Frühförderung zum Teil übereignen, „Mama, Papa und ich“, das sind sehr, sehr wichtige Geschichten bis zur „Plaudertasche“, wo es immer um das miteinander kommunizieren geht, um das Reden, um die sprachliche Kompetenz natürlich zu steigern.

Oder Qualitätsverständnis, Qualitätsentwicklung, Qualitätssicherung, ganz, ganz wichtig in der Pädagogik sie begleiten zu lassen, auch durch Studien. Was bedeutet das, wenn mit den Kindern mehr gesprochen wird? Was bedeutet, wenn mit den Kindern zuhause gesprochen wird? Da gibt es sehr viele gute Broschüren, gute Bücher, die auch zuhause dann den Eltern Unterstützung geben sollen.

Dann gibt es die „Experimentierwerkstatt“. Es geht immer auch darum, und das möchte ich in aller Klarheit sagen, je mehr Sprachen Kinder beherrschen, umso besser ist es. Und wenn ihre sprachliche Frühförderung auch in diese Weise geht, dass ihre Muttersprache, die vielleicht eine andere sein kann, auch unterstützt wird, dann sind wir genau dort, was den burgenländischen Weg auszeichnet, nämlich bei der Mehrsprachigkeit.

Mir persönlich, und ich habe mir das immer als Pädagogin sehr genau angeschaut, war die Erstellung von E-Learning-Arbeitsmaterialien sehr wichtig, sie vergessen nicht, Kindergarten ist Bildungsgarten. Daher muss der Bildungskindergarten auch immer teilhaben an der Entwicklung. E-Learning Plattformen gehören auch heute wie der normale Computer, mit dem ja fast nichts mehr passiert, weil man sich schon weiterer anderer technischer Hilfsmittel bedient, haben auch schon lange im Kindergartenbereich Eingang gefunden. Daher gehören sie umgesetzt und die Eltern damit auch unterstützt.

Das ständig all diese Arbeit, Frau Mag. Petrik, wissenschaftlich aufgearbeitet und evaluiert wird, glaube ich, sehen Sie wie ich genauso. Das gleiche nämlich die Notwendigkeit Interkulturalität, Integration und praktische Übungen sind in der Elementar-, aber auch in der Primarpädagogik und in der Freizeitpädagogik natürlich sehr wichtig.

John F. Kennedy hat einmal gesagt, und das habe ich mir schon als Studentin eingeprägt, es gibt nur eines was auf Dauer teurer ist als Bildung, nämlich keine Bildung, und ich denke mir, da hat er recht gehabt.

Damit darf ich Ihnen herzlich gratulieren, dass Sie, als Landtag, und das habe ich schon bei den Wortmeldungen gehört, alle dieser sprachlichen Frühförderung zustimmen werden, wichtig für die Kinder, wichtig für die Eltern, wichtig für die Familien.

Dafür bedanke ich mich bei Ihnen und ich bin sehr froh, dass der Bund weiterhin seiner Aufgabe auch in diesem Bereich nachkommt, die Länder zu unterstützen.

Was ich jetzt tue, und dafür möchte ich mich eigentlich eingangs entschuldigen, ist, nur noch Antwort geben auf etwas was überhaupt nicht zu dem Thema gehört, was ich normal auch nicht tue, aber ich möchte einfach manche Dinge nicht im Raum stehen lassen, obwohl er Geburtstag hat, und dazu gratuliere ich ihm auch, zwei Klarstellungen.

In aller Klarheit, es hat die Frau Abgeordnete gefragt heute, zum Teil Landwirtschaft, ob der Präsident Hautzinger, ich übersetze es jetzt oder verkürze es, sozusagen auch das will, dass ich das mache, und wie die Zusammenarbeit aussieht?

Ich möchte nochmal klarstellen, es war einer der ersten Gratulanten der Herr Landwirtschaftskammerpräsident Hautzinger (*Abg. Manfred Kölly: Ich habe da nie etwas anderes gesagt.*) und es wird auch zusammengearbeitet werden. Das ist auch eine Notwendigkeit, und da geht es ums Ganze und nicht miteinander zu streiten. (*Abg. Manfred Kölly: Haben Sie mir zugehört, Frau Landesrätin?*)

Ich wollte das nur mal klarstellen. Das hat nichts mit Dir, Herr Abgeordneter, rein zu tun, sondern allgemein. (*Abg. Manfred Kölly: Ich habe gesagt, Du wirst mit ihm zusammen arbeiten müssen. Protokoll lesen!*)

Das Zweite, weil Du, Herr Geburtstagskind, gesagt hast, ja, wie schaut das aus mit dem Uhudler? Natürlich braucht ihr eine Lösung. Aber ich will nicht etwas überstürzen eine schlechte Analyse ziehen und dann in eine Zukunft gehen, die den Uhudler gefährdet, das hat nichts mit einer Landtagswahl zu tun.

Aber jetzt in Ruhe zu überlegen und schauen, dass man die wichtigen, richtigen Schritte für den Uhudler als Kultgetränk machen kann. (*Abg. Manfred Kölly: Protokoll lesen!*) Passt schon. Ich wollte das nur klarstellen.

Ihnen nochmal herzlichen Dank für Ihre Beiträge zur 15a. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ*)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin! Ich erteile dem Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort, der als Nächster zu Wort gemeldet ist.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt eine Stunde jetzt über frühkindliche Betreuungsmöglichkeiten beziehungsweise Sprachförderung gesprochen, und es ist von allen Seiten festgehalten worden, dass das ein unabdingbar notwendiges Glied in der Ausbildungskette, beziehungsweise jetzt schon in der sogenannten „Bildungseinrichtung Kindergarten“ sein soll.

Ich bin davon zutiefst überzeugt, wenn die Gemeinden mit dem Land und mit diesen Bundesmitteln in der Kofinanzierung die richtigen Schritte setzen, dann können wir auch davon ausgehen, dass unsere Kinder die Chance bekommen, nicht nur Sprache entsprechend kompetent aufzunehmen, sondern sie auch entsprechend einzusetzen.

Diese Notwendigkeit in der frühkindlichen Förderung ist eigentlich unbestritten und daher ist mir in der Ausführung des Kollegen Molnár eines aufgefallen, das nicht unwidersprochen da stehen sollte. Sie haben den Unterschied zwischen Stadt und Land zwar betont, haben aber festgehalten, dass insbesondere der urbane Bereich einen hohen Migrationsanteil hat.

Im Gegensatz dazu haben Sie auch ausgeführt, dass wir im Burgenland einen sehr geringen Migrationsanteil haben und auch die Möglichkeiten der Sprache in der Förderung deswegen nicht so überbordend einzusetzen haben. Ich bin zutiefst überzeugt davon, dass dieses Prinzip, ich rede zwar darüber, dass in Wien so viele sind, hier zwar wenige sind, dass das schon ausreichend genug ist, um eben in der Diskussion auch bei manchen von uns festzuhalten, na ja, da müssen wir auch darüber reden.

Diese unterschiedliche Nuancierung in der Festhaltung in Wien braucht man es, wir brauchen es weniger, ist aber in der Betonung etwas, das ich so nicht hinnehmen kann, weil wir damit eigentlich eine politische Diskussion schon über Jahre führen, die den

Unterschied zwischen urbanen Einrichtungen und ländlichen Einrichtungen absolut außer Acht lässt.

Wir im Burgenland haben in der Verteilung über das gesamte Land einen sehr geringen Anteil von Migranten und daher ist auch die sprachliche Frühförderung jetzt nicht ausschließlich darauf bezogen zu werten, sondern auch in der Ausbildung auf den sozialen Hintergrund, auf die Möglichkeiten der Familien im Burgenland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es betont wird, dass diese Geschichte sehr wichtig ist dann sollten wir eines, und speziell auch die anwesenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sollten das nicht außer Acht lassen, das ist ein ganz wichtiger Moment in der Darstellung auf Kindergärten, wo wir jetzt von den mobilen auf feste Angestellte und feste Personen zurückgreifen, dass wir auch ein Kapitel aufschlagen, das meiner Ansicht nach äußerst wichtig wäre, nämlich die Betreuung von Kindern mit „besonderen Bedürfnissen“.

Jede Bürgermeisterin, jeder Bürgermeister kennt dieses verwaltungstechnische Procedere das im Grunde genommen dann entfaltet wird, wenn wir ein Kind mit „besonderen Bedürfnissen“ haben. Wer dann dafür zuständig sein soll, wer dann das bezahlen soll und wie das Ganze dann abgehandelt wird?

Ich habe hier Beispiele erlebt wo man sich genieren musste, einfach im Zugang im zwischenmenschlichen Bereich. Ich würde mir wünschen, dass hier in diesem Bereich auch einiges getan würde. Weil es nicht nur der Gesellschaft gut tun könnte, sondern es würde diesen Menschen mit besonderen Bedürfnissen endlich einen Stellenwert vermitteln, der ihnen auch zusteht, ohne dass wir uns dann in besonderen Beispielen daran messen lassen, dass wir für irgendjemanden etwas getan haben.

Eine normale allgemeine gültige Regelung wäre hier von Nöten und würde unter anderem auch die Gemeinden hier sehr entlasten. Tatsache ist, dass im Kindergartenbereich auch unter Dreijährigen Kindern in der Betreuungsquote sehr viel getan wurde, dass wir zu wenig Ganztagskindergärten in der Betreuung haben ist auch klar, fest steht aber, und das möchte ich auch an dieser Stelle einwenden, dass wir Bundesländerweise riesengroße Unterschiede haben.

Einfach in der Ausführung der Kindergärten, in der Bezahlung der Kindergärten, des Personals in den Kindergärten und daher ist es nie über einen Kamm zu scheren, eine Diskussion, die die Bildungseinrichtung Kindergarten anlangt.

Wir alle sind aber der Meinung, dass die frühkindliche Sprachförderung etwas ist, das wir alle unterstützen, dem wir auch unsere Zustimmung geben werden und daher glaube ich, dass wir den Unterschied in der Kennzeichnung zwischen städtischen und ländlichen Bereichen auch immer betonen sollten, weil es notwendig ist, hier den Unterschied auch zu kennzeichnen.

Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP, GRÜNE und LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG einstimmig zugestimmt.